



Presseinformation

Nr. 411 / 2013

Kiel, Donnerstag, 12. September 2013

Gesundheit / Drogenpolitik

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Unwürdiges parlamentarisches Verhalten

Zur heutigen (12. September) Absetzung des Tagesordnungspunktes zur Drogenpolitik erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Was sich die Koalition heute im Sozialausschuss geleistet hat, macht einfach nur sprachlos. Mit den Stimmen der Koalition wurde der Tagesordnungspunkt zur Drogenpolitik gegen den ausdrücklichen Wunsch der Opposition einfach abgesetzt. Gegen jegliche parlamentarische Gepflogenheiten wurde sogar die Aussprache zu diesem Thema verweigert. Selbst unser Angebot zumindest zu dem Thema zu beraten, aber keine Beschlussfassung herbeizuführen, wurde mit den Stimmen der Koalition niedergestimmt.“

Dieses Verhalten ist stilllos. Grundlegende Rechte der parlamentarischen Minderheit werden einfach missachtet, unliebsame Themen von der Tagesordnung abgesetzt und die Oppositionsarbeit unter Ausreizung der Geschäftsordnung behindert. Die FDP-Fraktion wird dieses Verhalten zum Thema im Ältestenrat machen – zumal auch die Anträge auf zwei mündliche Anhörungen zum Korruptionsregister und zum Landesmindestlohnengesetz niedergestimmt wurden.

In der Sache ist die Lage klar. Seit über einem Jahr (!) liegen bereits Anträge zur Drogenpolitik vor. Auch die Ergebnisse einer umfassenden schriftlichen Anhörung liegen seit langer Zeit vor. Die überwältigende Mehrheit der Anzuhörenden spricht sich dabei gegen Drug-Checking-Angebote, gegen eine Erhöhung des Grenzwertes bei Cannabis-Produkten und gegen die Einrichtung von Drogenräumen in Schleswig-Holstein aus. Also genau konträr zu der Position der Koalitionsfraktionen, die genau dieses fordern. Dass den Koalitionsfraktionen eine Aussprache daher unangenehm ist, ist verständlich, dass sie aber eine Aussprache verhindern, ist ein parlamentarisch unwürdiges Verhalten.“